

Innenpolitik/Wirtschaftsbund/Pensionen/Beamten/Budget/Faymann/Haubner

### **Haubner zu Faymann: Neue Version des SPÖ-Pensionistenbriefes kurz vor der Wiener Wahl**

Utl.: Bundeskanzler offenbart fehlende Weitsicht und fehlenden  
Veränderungswillen

Wien, 28. September 2010 (OTS) - "Das ist offensichtlich die neue Version des SPÖ-Pensionistenbriefes a la Klima und Gusenbauer, nur diesmal nicht mit der Weihnachtspost zugestellt, sondern mittels SPÖ-Hofdepesche vor den Wiener Wahlen verlautbart und um den Adressatenkreis Beamten erweitert", so Haubner zu heutigen Aussagen des Bundeskanzlers in einer Tageszeitung, wonach Beamten und Pensionisten generell keinen Beitrag zur Budgetkonsolidierung in Form einer Nulllohnrunde leisten werden müssen. Ein derart durchschaubares, wahltaktisches Manöver sei eines Bundeskanzlers eigentlich nicht würdig. Faymann stelle damit einen Freibrief für Beamten und Pensionisten aus nehme damit schon vor Beginn von Verhandlungen seinen ressortzuständigen Ministern, Hundstorfer und Henisch-Hosek, jeglichen Spielraum. "Damit lässt Faymann die für einen Bundeskanzler eigentlich vorauszusetzende Weitsicht vollkommen vermissen", so der Wirtschaftsbund-Generalsekretär.

"Während die SPÖ den Mittelstand und Unternehmen, also die Leistungsträger, permanent mit zusätzlichen Steuern belasten will, stellt sich der Bundeskanzler schützend vor Besserverdiener in bestimmten Gruppen, die durchaus einen Beitrag leisten könnten", so Haubner weiter. "Das offenbart einen zumindest seltsamen Gerechtigkeitssinn der SPÖ", konstatiert Haubner. Die vielen tausenden Betriebe, der Mittelstand und die Leistungsträger in Österreich hätten genauso wenig Schuld an der Finanzkrise, wie die von Schutzpatron Faymann "voreilig aus der Ziehung genommenen Beamten und Pensionisten. Bei ersteren hat die SPÖ allerdings keinerlei Hemmung, die Steuerkeule zur Anwendung zu bringen", so Haubner weiter.

Der Bundeskanzler habe mit seinen Aussagen darüber hinaus gezeigt, wie viel Veränderungswillen hinsichtlich der unter anderem von Wifo, IHS und Rechnungshof eingemahnten Reformen er wirklich in sich trage. "Nämlich null." Wenn sich der Bundeskanzler schon vor einer Nulllohnrunde fürchte, dann werde er sich über Reformen in Verwaltung, Pensionssystem, Gesundheits- oder Bildungswesen erst recht nicht drübertrauen. "Statt Österreichs veraltete Systeme zu erneuern und fit für die Zukunft zu machen, bürdet der Bundeskanzler den nächsten Generationen offensichtlich lieber untragbare Lasten auf. Die Jungwähler werden es ihm danken", so der Wirtschaftsbund-Generalsekretär abschließend.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Wirtschaftsbund, Bundesleitung/Presse

Tel.: +43 (0)1 505 47 96 - 30

<mailto:m.leithner@wirtschaftsbund.at>

<http://www.wirtschaftsbund.at>

<http://www.jetztgegensteuern.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/159/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0113 2010-09-28/11:07

281107 Sep 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

*Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an [info@ots.at](mailto:info@ots.at)*